

ARBEIT UM JEDEN PREIS?

Hartz IV und das Bild vom Menschen

Arbeitslosigkeit gilt als Ursache für Ausgrenzung. Das Versprechen der Integration durch Teilhabe an Erwerbsarbeit schafft jedoch paradoxerweise eine eigentümliche Exklusion. Mit dem Versprechen, durch „Fordern“ und „Fördern“ die Beschäftigungsfähigkeit der von Arbeitslosigkeit Betroffenen sicherzustellen, haben die Hartz-Gesetze eine Pluralisierung von Erwerbsarbeit hervorgebracht und zuvor bestehende sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse entrechtet und entschert. Zugleich wurden die Zumutbarkeitsregeln verschärft und den Erwerbslosen damit die Möglichkeit genommen, eine angebotene Beschäftigung mit dem Hinweis auf die Höhe der Entlohnung oder die Stellenanforderung abzulehnen. Jede nicht sittenwidrige Arbeit wird als zumutbar erklärt. Das Sozialgesetzbuch (SGB) II integriert nicht einfach, wie es Paragraph 1 als Ziel formuliert, sondern führt zu einer Abstufung der Förderung und des Integrationsversprechens, die von den Erwerbslosen als entwürdigend empfunden wird.

Die Arbeitsmarktreformen sind Eckpunkt eines längerfristigen Entwicklungsprozesses. Mit dem Begriff des Förderns ist ausgesagt, dass Menschen nicht ihrem Schicksal überlassen bleiben, sondern der Staat und die Gesellschaft sich verantwortlich für deren Lage sehen. Wie aber geschieht dieses Fördern, wenn es mit Fordern zusammengeht? Wird der Bürger so gefördert, dass seine Chancen zu autonomer Lebensführung erhöht werden? Wie wird das Soziale in einer Gesellschaft organisiert? Bemerkenswert jedenfalls ist, dass dieses Programm des Forderns und Förderns Teil der größten Kürzung von Sozialleistungen seit 1949 war. Markus Promberger vom Insti-

tut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, dem Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit, macht im SGB II ein geändertes Menschenbild aus. Auch wenn es Elemente wie Aktivierung, Sanktionierung und Arbeitszwang schon im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) gegeben hat, ist das SGB II durch neue Akzente Ausdruck eines vierfachen Paradigmenwechsels. Neu sind die Dominanz der Erwerbsarbeit, die Reziprozität von Leistung und Gegenleistung, der pädagogische Staatspaternalismus sowie das Bild vom eigenverantwortlichen Arbeitsbürger.

Prägend für die Sozialstaatsentwicklung war das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 1954, das mit seiner Anerkennung des Sozialstaatsgebots im Grundgesetz eine Auffassung durchsetzte, die als Weiterführung der bürgerlichen Freiheitsrechte verstanden wurde. Es war Ausdruck einer nach dem Zweiten Weltkrieg dominanten Vorstellung von Sozialleistungen als einem sozialen Bürgerrecht.

Das SGB II führt dagegen eine wechselseitige Abhängigkeit von Leistung und Gegenleistung ein. Die Sozialhilfe im alten BSHG wurde als das Recht eines jeden in der Bundesrepublik rechtmäßig Lebenden verstanden, das der Sozialstaat zu gewährleisten habe. Diese Gewährleistung einer Hilfe bei Unterstützungsbedarf wird im SGB II in ein Tauschverhältnis von Leistung und Gegenleistung umgeformt. Die Inanspruchnahme sozialstaatlicher Leistungen erfüllt kein Solidaritätsrecht, sondern begründet die Pflicht auf Gegenleistung, indem man sich entweder an der Produktion von Kollektivgütern beteiligt oder mit großem Engagement um die Beendigung des Leistungsbezugs bemüht.

Die These, dass den Rechten auch entsprechend Pflichten zur Seite stehen, ist plausibel und dennoch höchst gefährlich, denn sie versperrt den Blick darauf, dass es in einer freien Gesellschaft Rechte und Pflichten gibt, die sich nicht gegenseitig bedingen. Wer eine Sozialleis-

IN DIESER AUSGABE:

Integration in
den Arbeitsmarkt

Protestantisches Bildungshandeln in der Diskussion

tung wie die Gewährung eines Existenzminimums an eine Gegenleistung bindet, untergräbt das soziale Grundrecht, das die Freiheit des Menschen begründet. Das Recht auf einen angemessenen Lebensunterhalt folgt aus der wechselseitigen Anerkennung der menschlichen Würde und nicht aus der Beteiligung an einer Gegenleistung. Würde kommt den Menschen nicht erst dadurch zu, dass sie eine wirtschaftliche Gegenleistung in Form einer zudiktierten Arbeit erbringen, die erst Rechte und Pflichten ausbalancieren würde.

Es gibt unbedingte Grund- oder Menschenrechte, die nicht verwirkt werden können. Die Sozialhilfe ist ein solches Recht. Sie verlangt keine Gegenleistung, denn sie ist ein letztes Unterstützungssystem, das einen Ausdruck der verfassungsrechtlichen Verpflichtung eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates zur Integration aller Bürger darstellt. Sie darf deshalb niemanden davon ausschließen, ein Leben in Würde führen zu können. Man kann die zugrunde liegende ethische Grundeinsicht so beschreiben: Das Recht des Menschen auf Leben geht jeder Pflicht zur Gegenleistung voraus.

Die Grundannahmen von Hartz IV gehen von einem ökonomischen Theoriegebäude aus, das der Empirie nicht standhält. Hartz IV ist deshalb ein weltanschauliches Konstrukt mit einem weltfremden Menschenbild. Es gehört nämlich zum Grundbestand einer modernen Sozialstaatlichkeit, dass alle Bürger ein unbedingtes Grundrecht auf sozialen Schutz und Sicherung haben. Deshalb braucht eine moderne Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zwei Grundelemente: eine existenzsichernde Erwerbsarbeit und eine armutsfeste, bedarfssichernde und repressionsfreie Grundsicherung. Franz Segbers



Hartz-IV-Regelsatz: Genug für ein menschenwürdiges Leben?

(Foto: epd)

EDITORIAL

Was für ein Kraftakt beim Tauziehen um Hartz IV! Unglaublich schwertaten sich die Verantwortlichen mit den Verhandlungen darüber, wie die überfälligen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden sollen. Zugegeben: Die Thematik ist komplex. Es ging nicht nur um ein paar Euro mehr in der Grundversorgung, sondern auch um adäquate Bildungsangebote, um die Frage, wer solche Angebote passgenau an den Mann bringen kann, es ging um Lastenausgleich und Kommunalfinanzen. Und natürlich ging es auch um Gesichtverlust, um Koalitionszwänge und um aktuelle Wahlkampfchancen – alles ganz normal in einer Demokratie.

Eine Menge Detailfragen konnte gelöst werden. Die langfristige Aufgabe bleibt. Im Kern geht es um die „Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums“. Genau das hatte das Bundesverfassungsgericht angemahnt. Menschenwürde hat mit dem Geldbeutel zu tun. Denn Grundnahrungsmittel, Bücher, Flötenunterricht und Fußballschuhe müssen bezahlt werden. Teilhabe gibt es nicht umsonst. Auf der Hartz-IV-Tagung der Evangelischen Akademie ging es deshalb auch um Regelsätze und Berechnungsgrundlagen. Viel gravierender erschienen aber ganz individuelle Härtefälle, die Menschen an den Rand bringen. Ganz deutlich wurde, dass solche Situationen Vertrauensbildung sowie eine intensive Zusammenarbeit von Jobcentern, Fallmanagern, Sozialverbänden und Selbsthilfeorganisationen erfordern.



Akademiendirektor Christoph Picker.

Prinzipiell ungelöst ist die Frage nach Perspektiven für Menschen, die zwar im Sinne des Sozialgesetzbuches erwerbsfähig, aber auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Welche Chancen bietet unsere Gesellschaft denen, die nicht mithalten können? Ein weiteres Thema sind die Bildungsungerechtigkeiten, an denen auch Schulmittagessen und subventionierte Nachhilfe kaum etwas ändern werden. Die Beiträge der Pädagogin Annette Scheunpflug, des Sozialethikers Franz Segbers und des niederländischen Arbeitsdirektors Kees Mosselman setzen sich mit solchen Fragen auseinander. Sie dokumentieren, welchen Beitrag die Evangelische Akademie zur Debatte um den Sozialstaat leistet.

Ihr

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

Die Geschäftsstelle der Akademie zieht um! Wenn alles glattgeht, packen wir schon im Mai den Möbelwagen, wechseln nach Landau und ermöglichen damit eine kommerzielle Nutzung des bisherigen Dienstgebäudes in Speyer. In Landau freuen wir uns auf die Nachbarschaft zum Tagungshaus, zum Erziehungswissenschaftlichen Fort- und Weiterbildungsinstitut, zur Universität und zum Frank-Loeb-Institut. Die Akademie und ihre Partner werden von der räumlichen Nähe profitieren. Schreibtische, Mitarbeiter und intellektuellen Elan nehmen wir mit. Nur die „Große Himmels-gasse“ müssen wir schweren Herzens in Speyer lassen. Aber auch mit einer etwas prosaischeren Anschrift werden wir Irdisches und Himmlisches miteinander zu verbinden wissen. Die neue Adresse „Luitpoldstraße 10“ erinnert ja immerhin an die „goldenen Prinzenregentjahre“ in Bayern.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Domplatz 5, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/60 20-0, Fax: 0 62 32/60 20-22, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protex-te.

INTERDISZIPLINARITÄT VON UNTEN

In seiner Vorrede zur zweiten Auflage der „Kritik der reinen Vernunft“ aus dem Jahre 1787 klagt Immanuel Kant: „Es ist nicht Vermehrung, sondern Verunstaltung der Wissenschaften, wenn man ihre Grenzen ineinander laufen lässt.“ Die Krisenerfahrungen der 1970er und 1980er Jahre haben die Einsicht erwachsen lassen, dass rein disziplinär orientierte Ansätze oft nicht geeignet sind, vielschichtige und komplexe Probleme einer sachgerechten und problemorientierten Lösung zuzuführen.

Der Alltag ist durch Komplexität, Flexibilität, Mobilität, einen intensiven Informationsfluss und einen hohen Vernetzungsgrad charakterisiert. Bildungseinrichtungen, die diese Veränderungen nicht zur Kenntnis nehmen, entlassen ihre Schüler in eine Welt, die es gar nicht mehr gibt. Die Bildung der Zukunft muss notwendig interdisziplinär sein, um auf die Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich vorbereiten zu können. Gerade junge Menschen werden heute mit unterschiedlichen Wertvorstellungen und einer hoch komplizierten Lebenswelt konfrontiert, sie müssen sich erhebliche Fachkenntnisse aneignen, zugleich müssen sie organisieren und planen können sowie teamfähig sein. Darüber hinaus müssen sie fähig sein, Urteile zu bilden, Entscheidungen zu treffen und verantwortlich zu handeln.

Das interdisziplinäre Lernen will darum folgende Kompetenzen besonders schulen: Metakognition, syntheseorientiertes Arbeiten, Kommunikation, Kooperation und Empathie sowie ein komplexes und vernetztes Denken. Es geht um fachliche Inhalte, aber mehr noch um Sozial-, Methoden- und Handlungskompetenz als Kernkompetenzen, die auf den Axiomen und Postulaten einer ethischen Werteeerziehung gründen. „Wir wollen den in ethischer Verantwortung handlungskompetenten Jugendlichen“, so Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, im Jahr 2001, „der fachlich, methodisch, sozial und personal fit ist für alle Anforderungen, die sich ihm nach der Schule beruflich und privat in einer lernenden Gesellschaft stellen.“

Im Bildungsdelphi von 1998 wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, dass sich die Menschen die benötigten Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen an mehr Lernorten als in der Vergangenheit aneignen werden. Mögliche Orte, an denen dies praktiziert werden kann, sind – neben den klassischen Aus- und Weiterbildungseinrichtungen – insbesondere auch Akademien. Sie können offene Lehr- und Lernformen auf hohem fachlichem Niveau bereitstellen. Ihnen gelingt der Spagat zwischen Sachgerechtigkeit und Pro-

blemorientierung. Beispielhaft kann auf die Einrichtung der „Jungen Akademie“ an der Evangelischen Akademie der Pfalz verwiesen werden. Die jungen Teilnehmer erleben sie als interdisziplinäre Entdeckungsreisende, die mit entsprechender Neugierde und bei geeigneter Unterstützung neue Wissensräume und Verstehenshorizonte aufschließen. Die verschiedenen Tagungsformate ermöglichen moderierte Lernprozesse in selbst organisierten Gruppen.

Lernfördernde Faktoren sind:

- Lernen an bedeutsamen Inhalten, die einen lebensweltlichen Bezug haben und in den Interessen der Lernenden begründet sind
- Lernen in Echtsituationen mit Praxisbezug, damit die persönliche und gesellschaftliche Relevanz der Lerninhalte präsent ist
- fächerübergreifendes, interdisziplinäres, ganzheitliches Lernen
- selbst verantwortetes und selbst gesteuertes Lernen
- Gestaltungsfreiräume und Partizipationsmöglichkeiten der Lernenden bei Lerninhalten und Lernmethoden
- Lernen in einer Atmosphäre, in der die Lernenden aus ihren Fehlern lernen können

Interdisziplinarität entsteht und endet im Kopf des Individuums. Jürgen Mittelstraß, Professor für Philosophie an der Universität Konstanz, plädiert darum in seinem 1987 publizierten Aufsatz „Die Stunde der Interdisziplinarität“ nachdrücklich für eine „Interdisziplinarität von unten“: „Im Übrigen ist es so, dass Interdisziplinarität im eigenen Kopf anfangen muss – als Querdenken, Fragen, Lernen, was die eigene Disziplin nicht weiß ... Wer nicht interdisziplinär gelernt hat, kann auch nicht interdisziplinär forschen. Dies sei die Interdisziplinarität von unten genannt ...“ Aus diesem Grund zeichnet die Evangelische Akademie der Pfalz seit dem Jahr 2005 junge Menschen, die ihre Begabungen mit anderen und für andere einsetzen, das heißt im Rahmen ihrer Möglichkeiten gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, mit dem Jugendpreis für engagierte Querdenker IQuer aus.

Katrin Platzer

Interdisziplinäre Entdeckungsreise schließt neue Wissensräume und Verstehenshorizonte auf.

FIn den Niederlanden wurde eine Neuregelung zur Integration Arbeitsloser auf den Weg gebracht, die drei bisherige Regelungen ersetzen soll: das Sozialhilfegesetz, das Gesetz für Sozialwerkstätten sowie das Gesetz für junge Menschen mit Behinderung. Ausgangspunkt war die Einsetzung einer Kommission mit der Aufgabe, Vorschläge für einen strukturellen Anstieg der Beschäftigung unter Frauen, ethnischen Minderheiten, Geringqualifizierten und Behinderten zu machen. Mosselman sprach von 250 000 Menschen mit Behinderung in den Niederlanden, die unfähig seien, selbstständig den gesetzlichen Mindestlohn zu verdienen; diese könnten jedoch arbeiten, wenn sie die richtige Unterstützung bekämen.

Insgesamt stehe bei der Neuregelung die Fähigkeit zur Arbeit im Mittelpunkt. Der Verband wolle deshalb erreichen, dass jeder in die Gesellschaft integriert werde, vorzugsweise durch Arbeit. In diesem Sinne sei von den Sozialdirektoren, die der Funktion nach den Leitern der Jobcenter in Deutschland vergleichbar sind, der Slogan formuliert worden, der Kunde, gemeint ist der Arbeitslose, stehe im Zentrum, und zwar nicht nur mit seinen Rechten, sondern auch mit seinen Pflichten für die Gesellschaft. Bei der Vermittlung in eine Tätigkeit sei der tatsächliche Abstand zum Arbeitsmarkt Ausgangspunkt, nicht jedoch die Ursache für diesen Abstand. Im Hintergrund dieser Haltung steht das Credo, dass jeder ein Recht darauf hat, aktiver Teilnehmer der Gesellschaft zu sein, aber auch etwas dafür tun muss. Die Integration in den Arbeitsmarkt könne nicht, so Mosselman, Ergebnis einer freiwilligen Entscheidung des Arbeitslosen sein.

Die Neuregelung ermögliche jedem Einzelnen, auf dem Arbeitsmarkt die Unterstützung zu bekommen, die er benötigt. Es gebe ein Budget für eine möglichst breite Förderung, sodass alleine darin schon ein Anreiz für Arbeitslose liege, sich an den Maßnahmen zu beteiligen. Gleichwohl sei man sich bewusst, dass nicht alle Bürger in der Lage seien, einer regelmäßigen Arbeit nachzugehen. Deshalb sei es sinnvoll, ein geschütztes Umfeld zu schaffen, in dem mehr danach gefragt werde, was die betreffenden Personen noch an Fähigkeiten mitbringen als danach, was sie nicht mehr können.

Mosselman betonte, Bildung und Ausbildung müssten generell eine größere Rolle spielen. Die wachsende Bedeutung von Professionalität und Kompetenz Sorge dafür, dass in den Arbeitsbeziehungen das



Beide mit Migrationshintergrund: Arbeitsuchender und Berater auf der ersten deutschen Job-Messe.

(Foto: epd)

PRÄVENTION ZAHLT SICH AUS

Neuregelung der Integration in den Niederlanden

Programmpunkt der Veranstaltung „Wie reformbedürftig ist Hartz IV“ war – neben dem Vortrag von Franz Segbers – ein Referat von Kees Mosselman zum Thema „Vom Nachbarn lernen – Armutsbekämpfung und Arbeitsmarktintegration in den Niederlanden“. Mosselman ist Vorstandsmitglied des Verbands der niederländischen Sozialdirektoren. Wir veröffentlichen eine redaktionelle Zusammenfassung seines Referates.

eigentliche Entwicklungspotenzial für den Beitrag des Einzelnen zur Gesellschaft liege. Deshalb müsse die Rolle des Arbeitgebers in der Zukunft viel größer veranschlagt werden als bisher. Sie seien die wichtigsten Partner der Sozialdirektoren bei der Beratung und Weiterbildung von Arbeitsuchenden und müssten für notwendige Qualifizierungsmaßnahmen auf öffentliche Finanzmittel zurückgreifen können. Die beste Wiedereingliederung, so Mosselman, erfolge am Arbeitsplatz, also innerhalb eines Unternehmens.

Mosselman wies abschließend darauf hin, dass die niederländische Regierung gezwungen sei, erhebliche Einsparungen vorzunehmen, vor allem auch im Bereich des öffentlichen Dienstes. Gerade wegen des Rückgangs der öffentlichen Finanzen sei es aber wichtig, den Arbeitsmarkt durch die Bereitstellung öffentlicher Gelder zu fördern. Zwar seien die Vorteile, wenn Menschen in Form bezahlter Arbeit wieder an der Gesellschaft teilnehmen können, zunächst schwer zu beziffern. Aber die emanzipierende Kraft bezahlter Arbeit sei beispiellos, und letztlich entstünden auch wirtschaftliche Gewinne, denn viele latente Kosten würden erst gar nicht entstehen. Mosselman sprach von einem „social return of investment“: „Extrem

schwer zu berechnen, aber wir wissen es: Prävention zahlt sich aus. Es vermeidet Ansprüche in der Zukunft, Kriminalität und sogar Krankheiten.“ Deshalb sei es Überzeugung der Sozialdirektoren, dass eine öf-

fentlich finanzierte Regelung für den unteren Teil des Arbeitsmarktes letztlich hilft, Kosten zu senken – etwa dadurch, dass zukünftig weniger Sozialleistungen gezahlt werden müssen. *Martin Schuck*

Die emanzipierende Kraft bezahlter Arbeit spart letztlich der Gesellschaft Kosten.

JUNGES MANNHEIM

Mit Inkrafttreten des SGB II wurde vertraglich vereinbart, im Jobcenter Mannheim eine eigene Abteilung für die Betreuung der unter 25-jährigen jungen Menschen einzurichten, das Jobcenter „Junges Mannheim“.

Zentrales Förderinstrument von „Junges Mannheim“ ist dabei „Jump Plus“. „Jump Plus“ verfolgt das Prinzip der sofortigen Aktivierung durch Angebote am Tag der Antragstellung. Arbeitsfähige junge Menschen erhalten nur dann Transferleistungen, wenn sie bereit sind, sich in Arbeit, Ausbildung oder ein Praktikum vermitteln zu lassen.

Dahinter steht folgende Strategie: Bei Antragstellung erfolgt eine qualifizierte Erstberatung zur Klärung vorrangiger Ansprüche wie Bafög, Berufsausbildungsbeihilfe, Unterhalt und so weiter. Im nächsten Schritt wird bei Vorliegen entsprechender Qualifikation die Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung geprüft. Vermittler und Berufsberater werden hinzugezogen. Ist ein sofortiges Selbsthilfepotenzial nicht zu erkennen, erfolgt eine unmittelbare Beschäftigung oder Qualifizierung in „Jump Plus“, etwa ein individuell zugeschnittenes Praktikum. Die Strategie von „Jump Plus“ ist ausgerichtet auf den allgemeinen Arbeitsmarkt mit folgenden Eckpunkten: Die konsequente, individuelle Förderung durch eine große Vielfalt an Praktikumsplätzen, die so marktnah wie möglich sein sollen. Dahinter steht als Prinzip der Grundsatz „Ohne Eigenleistung kein Geld“. Der Gefahr individuellen Scheiterns durch Abbruch der Teilnahme soll durch die Möglichkeit des Umstiegs mit einer neuen Chance der Erprobung entgegengewirkt werden. Aufsuchende Hilfen bei Kunden, die „abtauchen“, und eine hohe Betreuungsdichte durch Mitarbeiter mit Fallmanagementkompetenz ergänzen die Strategie. Ausnahmen davon gibt es nur im Falle von Krankheit, Behinderung oder in der Zeit des Mutterschutzes oder der Elternzeit.

Der Erfolg von „Jump Plus“ spricht dabei für sich: Bis Ende 2009 erfolgten insgesamt 3800 Integrationen. Die Anzahl der Arbeitslosen sank von 1200 im Januar 2005 auf nur noch 72 im Oktober 2010. *Ulrich Manz*

Für die evangelische Kirche ist Bildung seit der Reformationszeit ein zentrales Thema. Die „unvertretbare persönliche ‚Selbstständigkeit‘ jeder Person für den ‚rechten evangelischen Glauben‘“, wie Friedrich Schleiermacher es ausdrückte, bedingt nach evangelischem Verständnis die Notwendigkeit von Bildung. Durch Bildung klären Menschen ihr Selbstverständnis und werden im Glauben sprachfähig. Leitbild der Reformatoren ist die Gemeinde von Christen, die die Bibel selber lesen können und von daher ihren Glauben verstehen, in ihm urteilsfähig sind und wissen, auf welchem „Glaubenswissen“ im Sinne grundlegender Erzählungen, Erfahrungen, Traditionen und Bekenntnisse christlicher Glaube und christliche Geschichte beruhen. Martin Luther drängte die Schulen, zu „Frieden, Recht und Leben“ beizutragen. Bildung bedeutet somit die Ermöglichung von Selbstreflexion und eine auf das Gemeinwesen hin gerichtete ganzheitliche Orientierung des Menschen. Das Ziel ist verantwortete Freiheit mündiger Personen.

Kirchliches Bildungshandeln ist immer auf die ganze Person gerichtet. Es wendet sich gegen die Verzweckung von Bildung, etwa zugunsten wirtschaftlicher Optimierung. Bildung ist aus einem christlichen Verständnis in der Gottes Ebenbildlichkeit des Menschen begründet. Es wird die Orientierung am Subjekt, an den Bedürfnissen jedes einzelnen Menschen, betont. Bildung ist Ausdruck menschlicher Würde und deshalb mehr als reine Wissensvermittlung; sie berührt die Lebenshaltung, das Verständnis des Menschen und das der Welt. Ein solches weites Bildungsverständnis ist die Grundlage kirchlichen Bildungshandelns sowohl nach innen in die Kirche hinein als auch nach außen im Dienst an der Gesellschaft. Deshalb engagieren sich die Kirchen für Kindergärten, Schulen, Jugendzentren, Konfirmandenunterricht, Chöre, Seniorenbildungsstätten, Akademien und Hochschulen; deshalb übernehmen sie auch öffentliche Verantwortung, wenn sie sich mit einem solch breiten Bildungsverständnis in gesellschaftliche Debatten zur Bildung einmischen.

Aus einem solchen Bildungsverständnis folgt unmittelbar die Forderung nach Bildungsgerechtigkeit. „Gott will, dass allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen“ (1. Timoteus 2, 4). Ein

solches Bildungsverständnis muss sich für alle Menschen entfalten.

Für die Kirche ist es deshalb ein ständiger Stachel, dass es uns in Deutschland offensichtlich nicht hinreichend gelingt, Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Deshalb ist der zweite Impuls dem Thema „Bildungsgerechtigkeit“ gewidmet. Es ist ein Skandalon, dass in unserer Gesellschaft die Koppelung zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg überaus straff ist. Und es ist bestürzend, dass wir nicht sonderlich erfolgreich sind, allen jungen Menschen die für ein Leben in unserer Gesellschaft notwendigen Basiskompetenzen in Lesen und Rechnen beizubringen. Wir scheitern daran offensichtlich bei fast einem Fünftel der Jugendlichen. Nach der neuen Shell-Jugendstudie sind es genau diese Jugendlichen, die den Optimismus ihrer Altersgenossen in Hinblick auf die Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen Lebens nicht teilen, sondern sich vielmehr an den Rand gedrückt fühlen. Bei dieser Gruppe ist die Lebenszufriedenheit deutlich gesunken. Viele dieser Jugendlichen sehen zudem keinen Zusammenhang mehr zwischen Leistung und Erfolg; folglich sind sie der Meinung, dass sich Leistung nicht lohne. Nie zuvor waren die sozialen Unterschiede zwischen den Jugendlichen in

Deutschland so groß wie heute. In besonderem Maße betrifft dies Schüler aus Einwandererfamilien – hier wird der fehlende Zugang zu Bildung zu einem bedeutsamen Integrationshemmnis.

Wie kann Bildungsgerechtigkeit ermöglicht werden? Es geht zunächst einmal darum, dass die Kirche ihre eigenen Bemühungen vertieft: in der Weiterentwicklung der Qualität der Kindertagesstätten, dem Engagement in der diakonischen Jugendhilfe und in den beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche mit schlechten Startchancen, in der Verbesserung der Qualität ihrer Schulen und des Religionsunterrichts. Auch Kirchengemeinden verfügen in dieser Hinsicht über ungenutzte Potenziale, zum Beispiel in ehrenamtlichen Lernbegleitungen, Angeboten der Jugendarbeit, Vorlesediensten und vielem mehr. Auch das Integrationspotenzial von Schulen in kirchlicher Trägerschaft kann noch gesteigert werden, wie gute Beispiele, etwa die Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen, zeigen. Diese Schule wird von einem sehr hohen Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund besucht und ist

Das Integrationspotenzial von Schulen in kirchlicher Trägerschaft kann noch gesteigert werden.



Religiöse Bildung muss für alle selbstverständlich sein: Islamischer Religionsunterricht in einer Grundschule in Osnabrück.

(Foto: epd)

DER SCHULE MIT GROSSHERZIGKEIT AUFHelfEN

Bildungsgerechtigkeit ermöglichen – Protestantische Beiträge zur Bildungsdebatte

Obwohl es nach dem Pisa-Schock im Jahr 2000 im deutschen Bildungswesen offensichtlich aufwärts geht, sind die Probleme, etwa der deutliche Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg, nicht zu übersehen. Annette Scheunpflug, Professorin für Allgemeine Pädagogik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und stellvertretende Vorsitzende der Kammer für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend der

in ihrem Angebot – beispielsweise durch ein Angebot im islamischen Religionsunterricht – speziell auf diese zugeschnitten.

Gleichzeitig drängen wir als Kirche aber auch auf eine gesamtgesellschaftliche Bearbeitung dieser Herausforderung. Bemerkenswert vieles wird schon gemacht. Aber vieles könnte sich schneller und wirksamer entwickeln. Aus kirchlicher Sicht bleibt deshalb noch einiges zu fordern: Bedeutsam für die Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit ist ein flächendeckendes Angebot des beitragsfreien Kindergartens und eine bessere Ausbildung für die Arbeit in Kindertagesstätten. Ein

weiterer Beitrag zu Bildungsgerechtigkeit ist die Reform des Förderschulwesens und die Verwirklichung von möglichst weitgehender Inklusion im Regelschulwesen. Wichtig ist ferner die Qualitätsentwicklung in Schulen im Hinblick auf eine differenzierte Förderung, vor allem, wo es sie noch gibt, in Hauptschulen und der Ausbau der Ganztagschule. Damit einhergehend ist an der Veränderung des gesellschaftlichen Selbstverständnisses von Bildung als Instrument der Förderung, der Ermutigung und Entfaltung zu arbeiten, das das tief verwurzelte Verständnis von Bildung als Selektionsinstrument abzulösen hat. Weiterhin ist auf die

Evangelischen Kirche in Deutschland, plädierte deshalb für eine engagierte und leidenschaftliche Bildungsdebatte. Bei der gemeinsamen Veranstaltung der Evangelischen Akademie der Pfalz und der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz „Bildung für alle! Politischer Advent 2010“ am 17. Dezember 2010 in Landau gab sie Anregungen zu einer solchen Debatte, indem sie nach der Bedeutung christlich geprägter Vorstellungen zur Bildung fragte.

Verwirklichung des Rechts auf Religionsunterricht zu drängen. Dies schließt die Etablierung muslimischen Religionsunterrichts ausdrücklich ein. Im Hinblick auf die Bildungsverwaltung ist im Sinne der Chancengleichheit auf eine stärkere Kooperation der Länder hinzuwirken. Zudem ist es nicht hinnehmbar, dass für unterschiedliche Ausbildungsgänge unterschiedliche Finanzressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die Bedeutung außerschulischer Bildungsangebote ist zu betonen, und diese sind entsprechend zu fördern. Das eben genannte Beispiel der Hauptschüler, die keinen Sinn in Bildung sehen, führt mich zum dritten Im-

puls. Bildung sollte Sinn anbieten und ist mit der Perspektive einer besseren Welt verbunden. Dies ist zunächst einmal für jeden Einzelnen von Bedeutung, wenn und weil es vom Bildungserfolg abhängig ist, dass das eigene Leben mindestens so gut wie jenes der vorhergehenden Generation gestaltet werden kann. Das ist für das Gemeinwesen von Bedeutung, wenn es um die politischen, ja die globalen Herausforderungen geht.

Hier zeigt sich, woran Menschen – wie Martin Luther es ausdrückte – „ihr Herz hängen“. Für Christen ergibt sich dieser Sinn aus der Botschaft des Evangeliums. Er zeigt sich im Alltag in der

sozialen Dimension von Bildung. Es ist deshalb keine hinreichende Perspektive, der Bildung die Aufgabe zuzuweisen, für die Globalisierung fit zu machen; Ziel muss es sein, die Globalisierung in Gerechtigkeit zu gestalten. Deshalb engagiert sich die Kirche für Konzepte diakonischen Lernens, für Bildung für Nachhaltigkeit und das globale Lernen.

Ich komme zum vierten Impuls. Ein christlich geprägtes Bildungsverständnis impliziert immer ein aufgeklärtes Verständnis von Welt. Die Differenz zwischen Glauben und Wissen muss als Bildungsherausforderung aber immer wieder neu erlernt werden. Über die Auseinandersetzung mit Religion und Religionen lassen sich, so der Bildungsforscher Jürgen Baumert, „Kompetenzen mit Problemen konstitutiver Rationalität“ erwerben.

Religiöse Bildung wie aufgeklärte Religion sind keine Selbstverständlichkeit. Zum einen kann ohne religiöses Wissen die Differenz zwischen Glauben und Wissen nicht bewusst markiert werden. Sie bleibt dann vielmehr dem Gefühl überlassen. Zum Zweiten kann ohne religiöse Bildung weder die Geschichte noch ein Großteil unserer Gegenwart angemessen dechiffriert werden. Ein Mangel an religiöser Bildung ist ein Mangel an Bildung, genauso wie eine nicht durch Bildung aufgeklärte Religion nicht als gebildet gelten kann. Die Kirche beginnt gerade, sich auf die Anforderungen elementarer, religiöser Alphabetisierung einzustellen. Gleichzeitig ist dieses aber nicht nur ein Problem für die Kirchen, sondern für unsere Gesellschaft überhaupt, da sie sich – bei anhaltend wachsendem Trend – ihrer Grundlagen beraubt. Deshalb ist der Einsatz der Kirche für den Religionsunterricht nicht nur ein Engagement für die Kirche, sondern ein Engagement für die Gesellschaft, und die Förderung des Religionsunterrichts ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Bildung zu erreichen, ist keine leichte Aufgabe. Es ist eine Herausforderung für die Eltern, ihre Kinder auf das Leben in unserer nicht einfachen Welt vorzubereiten, und es ist eine Herausforderung für die Lehrer, diesen schönen Beruf immer wieder neu anzunehmen, an ihm nicht zu verzweifeln und mit den eigenen Kräften so umzugehen, dass er bis zum Ende der Berufszeit ausgeübt werden kann. Illusionslos schildert Philipp Melancthon die berufliche Praxis von Lehrkräften:

„Gibt es einen Esel, der je in der Mühle so viel Übles zu erdulden hätte wie der Durchschnitt der Lehrer im Unterricht an Mühe und Beschwerden auszuhalten muss? Wir sind von allen Sterblichen am Übelsten dran, denn wir haben die härteste Arbeit, leben in kümmerlichen Verhältnissen und müssen uns noch mit Verachtung behandeln lassen, nicht nur von unseren Schülern, auch von ihren Eltern.“

„Um ein Kind zu erziehen, bedarf es eines ganzen Dorfes“, so beschreibt es trefflich ein afrikanisches Sprichwort. Dieses Dorf bereitzustellen und Lehrer damit in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen, ist ein Anliegen der Kirchen. Mit Kindergärten, Krabbelgruppen und Familienbildungsstätten bemüht sich die Kirche um ein förderndes Umfeld. Mit Konfirmandenunterricht, Jugendarbeit, offenen Jugendangeboten, Posaunenchorären und christlichen Pfadfindern eröffnet sie Entwicklungsräume, die die Sozialisationsarbeit der Schule unterstützen. Mit ihren Fortbildungszentren für Lehrer bemüht sie sich um eine Unterstützung von Lehrkräften nicht nur im Religionsunterricht. Mit ihrem Angebot an evangelischen Fachhochschulen engagiert sie sich in der Ausbildung von Religionspädagogen und Sozialarbeitern.

Das kann aber alles nicht nur Aufgabe der Kirchen sein. Es braucht alle gesellschaftlichen Kräfte, um Kinder und Jugendliche zu erziehen, zu bilden und ihnen eine Zukunftsperspektive zu geben. In der Kirche wie in der Gesellschaft sind die Bemühungen an diesen Stellen oft noch zu zögerlich. Wir wissen, dass wir sowohl im kirchlichen Bereich wie auch im staatlichen Sektor mit den Folgen der Finanzkrise kämpfen und die finanziellen Ressourcen für den Bildungsreich begrenzt sind. Eine klare Prioritätensetzung ist jedoch unabdingbar.

Ich ende angesichts des 450. Todestages von Philipp Melancthon mit seiner Vision von Bildung. Er stellte sich das Paradies als himmlische Akademie vor, in der „über religiöse und naturwissenschaftliche Fragen, die Unsterblichkeit der menschlichen Seele, die Himmelsbewegungen und alle Obliegenheiten des menschlichen Lebens“ fröhlich gelernt wird. Bildung – und vor allem die Schule – soll nach Melancthon das Abbild des himmlischen Paradieses sein. Wie schön wäre es, wenn es uns gelänge, einen Glanz von Paradies in unsere Bildungsanstrengungen zu bringen! Annette Scheunpflug

Der Reformator Philipp Melancthon stellte sich das Paradies als himmlische Akademie vor.



Pfälzische Landeskirche bekennt sich zu ihrem Bildungsauftrag: Das Trifels-Gymnasium in Annweiler.

(Foto: tga)

KIRCHE UND BILDUNG

Kirchenpräsident Christian Schad erinnert an Melanchthon

Schon seine Zeitgenossen haben ihn mit der Bezeichnung „Praeceptor Germaniae“, „Lehrer Deutschlands“ gewürdigt: Philipp Melanchthon, der Weggenosse Martin Luthers. Beim „Politischen Advent“ der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz und der Evangelischen Akademie der Pfalz erinnerte Kirchenpräsident Christian Schad aus Anlass des 450. Sterbetages, an den 2010 erinnert wurde, an den Reformator. Sein hier in gekürzter Form wiedergegebener Vortrag trägt den Titel „Kirche und Bildung – Erinnerung an Philipp Melanchthon“.

Melanchthon hat Humanismus und Reformation zu einer Synthese zusammengeführt. „Zwei Begriffe sind es, auf die ... das ganze Leben ausgerichtet ist: Frömmigkeit und Bildung.“ So hat er sein Programm zusammengefasst; es hat eine doppelte Begründung: Bildung ist einerseits unvollständig, wenn sie nicht die Dimension des Glaubens und Themen religiöser Verständigung mit einschließt; und andererseits bleibt christlicher Glaube unbegriffen, wenn er nicht verantwortet und also auf der Ebene der Bildung artikuliert wird. So hat er zeitlebens das Bündnis von christlichem Glauben und allgemeiner Bildung eingefordert.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat 2009 eine Orientierungshilfe mit dem Titel: „Kirche und Bildung“ veröffentlicht. Darin wird deutlich, wie unmittelbar beide – Kirche und Bildung – aufeinander bezogen sind; und wie erkennbar sich diese Symbiose dem reformatorischen Impuls verdankt.

Danach hat jeder Einzelne das Recht und muss darum auch dazu befähigt werden, die Heilige Schrift zu lesen, zu verstehen und zu beurteilen und daraus die Konsequenzen für die eigene Lebensführung zu ziehen. Kein Priester und kein Papst, keine ehrwürdige Tradition und keine heilige Institution sollen das Recht und die Macht haben, den Gläubigen etwas vorzuschreiben.

Sondern von Gott ist jede einzelne Person dazu eingesetzt, ihr eigenes Leben selber vor ihrem Gewissen zu verantworten. Die kirchliche Interpretationsmacht über die Heilige Schrift wird so, durch die Bildung des einzelnen Menschen, gebrochen.

Der Mensch ist aufgerufen, kritisch seinen Glauben zu reflektieren. Dies aber setzt Bildung voraus und setzt Bildung frei. Bildung ist Motiv und Folge des Glaubens. Diese grundlegende reformatorische Einsicht begründet das kirchliche Engagement für die Bildung und für einen gebildeten Glauben. Kirche und öffentliche Bildungsverantwortung gehören untrennbar zusammen.

Freilich dürfen nicht die Umbrüche verschwiegen werden, mit denen wir gegenwärtig konfrontiert sind. Ich denke an die Folgen der demografischen Entwicklung, die knapper werdenden Finanzen sowie Migration und Globalisierung; auch, dass die Indifferenz in Bezug auf Kirche und Religion spürbar wächst.

In den 241 Kindertagesstätten im Bereich unserer Landeskirche begegnen viele zum ersten Mal den christlichen Sinntraditionen und erlernen das „Alphabet der Hoffnung“ (Ingo Baldermann). Vor allem in Kinder-

gärten mit hohem Ausländeranteil entwickeln sich unsere Tagesstätten zu ökumenischen Lernorten, in denen die multikulturelle und multireligiöse Situation sensibel wahrzunehmen ist. Je mehr muslimische Mitbürger mit uns zusammenleben, desto intensiver hat sich der christlich-islamische Dialog zu bewähren.

Geht es hier um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Sprache und Nationalität, verschiedener Religionen und Kulturen, so bewähren sich unsere Kindertagesstätten auch als Orte der Integration und Inklusion, wenn es um das Miteinander von Kindern mit und ohne Behinderungen geht. Schon vor Inkrafttreten der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen haben wir integrative beziehungsweise inklusive Gruppen in unseren Regelkindergärten geschaffen. Komplementär dazu verstehe ich unsere Angebote, auch hochbegabte junge Menschen zu fördern. Bewusst ist unsere Landeskirche Trägerin des Trifels-Gymnasiums in Annweiler.

Wie kein anderes Fach ist der Religionsunterricht von einem Bezug zu einer Position bestimmt, die auch eine Stellungnahme der Lehrenden aus ihrem Glauben heraus

Im Religionsunterricht lernen junge Menschen Perspektiven von Religion zu thematisieren.

einschließt. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach und damit staatliche Aufgabe. Zugleich gehört er in den Verantwortungsbereich der Kirchen, die nach Maßgabe ihrer Grundsätze über die Ziele und Inhalte des Unterrichtsfachs „Religion“ entscheiden (Artikel 7, Absatz 3 des Grundgesetzes). So beteiligt sich nach dem Willen des Grundgesetzes die Kirche an der Gestaltung von Schule und Bildung.

Faktisch ist heute der Religionsunterricht für die meisten Schüler die einzige länger dauernde Gelegenheit in ihrem Leben, um die christliche Glaubensüberlieferung kennenzulernen. Er ist oft der wichtigste Ort der Thematisierung von Religion. Er ermöglicht, kontinuierlich die Sprach-, Toleranz- und Dialogfähigkeit des christlichen Glaubens zu erproben und Zugänge zur Kirche sichtbar zu machen.

Im Bereich unserer Landeskirche besuchen zwischen 95 000 und 100 000 Schüler den evangelischen Religionsunterricht. Unter ihnen viele, die konfessionslos sind oder einer anderen Konfession oder Religion angehören. Der Religionsunterricht stellt somit eine herausragende Möglichkeit dar, über eine Dauer von mindestens zehn Jahren regelmäßig, mitten im Alltag, mit einer breit gestreuten, heterogenen Gruppe junger Menschen Fragen und Perspektiven christlicher Religion zu thematisieren.

„Wo lernt man etwas über die Politik, über die Geschichte des Rechts, der Sprache, der verschiedenen Kulturen und Völker?“, fragt Melanchthon. Und er antwortet: „In der Schule, im Dialog mit den klarssten Quellen der besten Autoren“, vermittelt durch tüchtige Lehrer. Den Lehrern gilt seine besondere Leidenschaft und Fürsprache.

Ungefähr 800 staatliche Lehrkräfte sind im evangelischen Religionsunterricht in unserem Kirchengebiet eingesetzt. Darüber hinaus hat die Evangelische Kirche der Pfalz 103 Gestellungsverträge, vor allem an Berufsbildenden Schulen und Gymnasien. Das bedeutet, dass 16 Prozent unserer Pfarrer hauptberuflich in der Schule tätig sind. 47 Prozent des Religionsunterrichts an Gymnasien und 87 Prozent an Berufsschulen werden von Pfarrern erteilt. Darüber hinaus unterrichten unsere Gemeindepfarrer zwischen vier und sechs Wochenstunden an Grund- und Hauptschulen beziehungsweise jetzt: an der Realschule plus.

Uns liegen das kirchliche Engagement an Schulen im Allgemeinen sowie der Religionsunterricht im Besonderen als Felder evangelischer Bildungsverantwortung am Herzen. Wir erweisen damit einem der Väter des Protestantismus, Philipp Melanchthon, weit über das Gedenkjahr hinaus die gebührende Referenz.

DIE VIELFALT EINBRINGEN

Werner Simon über die „Gesellschaft der Freunde“

Seit November 2010 ist Werner Simon Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde der Evangelischen Akademie der Pfalz e.V.“. Der studierte Jurist und Volkswirtschaftler ist Rechtsanwalt für Arbeitsrecht und Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, die ihren Sitz in Mainz hat. Simon lebt in Neustadt-Hambach, wo er Mitglied im Presbyterium ist. Martin Schuck sprach mit Werner Simon über sein Engagement für die Evangelische Akademie und die Arbeit der „Gesellschaft der Freunde“.

Wer verbirgt sich hinter dem Verein „Gesellschaft der Freunde der Evangelischen Akademie der Pfalz e.V.“?

Es ist drin, was draufsteht: Menschen, die die Evangelische Akademie fördern und unterstützen wollen in ihrem Anliegen, sich für das Zusammenleben der Menschen auf unterschiedliche Perspektiven einzulassen, ehrliche Fragen zu stellen, das Christentum und besonders den Protestantismus in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Mitglieder des Vereins bekennen sich zur Akademie und unterstützen sie durch Rat und Tat, durch Teilnahme an den Veranstaltungen der Akademie und nicht zuletzt durch den Diskurs in den „Protexen“.

Wie beschreiben Sie die Rolle der „Gesellschaft der Freunde“ für die Evangelische Akademie der Pfalz?

Die Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde“ bringen jeder aus seinem beruflichen und privaten Umfeld die Vielfalt ein: Aus ihrem Kreis kommen Anregungen und Impulse für die Akademiearbeit. Durch ihren Jahresbeitrag ermöglichen sie den „Jugendpreis für engagierte Querdenker“.

Was hat Sie in Ihrer beruflichen Position dazu motiviert, den Vorsitz dieser Gesellschaft zu übernehmen?



Werner Simon. (Foto: pv)

Zuallererst möchte ich meinen Beitrag für das erfolgreiche Wirken der Evangelischen Akademie leisten. Dabei hoffe ich, dass ich aus meinem beruflichen Netzwerk möglichst viele weitere Gleichgesinnte dafür gewinnen kann und hoffentlich auch Unternehmen aus der Pfalz in der Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie eine Win-win-Situation entdecken und verwirklichen.

In der Vergangenheit herrschten zwischen Vertretern der evangelischen

Kirchen und leitenden Persönlichkeiten der Wirtschaft oft regelrechte Kommunikationsblockaden. Wo sehen Sie Möglichkeiten für ein besseres Gespräch zwischen Kirche und Wirtschaft?

Aus dem Grundverständnis der Wirtschaft, Gewinne machen zu müssen, und dem der Kirche, den Armen zu helfen, ist dieses Missverständnis genährt worden. Dies – wo noch nötig – aufzuarbeiten, ist eine Chance der Akademie und ihrer Freunde. Die Tagungen und Vorträge, Projekte und „Protexen“ sind hierfür vortreffliche Angebote. Ich sehe uns – beide Seiten – auf gutem Weg. Gerade die Unternehmen bekennen sich zur sogenannten Corporate Social Responsibility (CSR), zu ihrer Verantwortung für die Gesellschaft, nicht etwa nur für das Soziale. Im Deutschen wird leider häufig das englische „social“ insoweit falsch verstanden, als bloß auf das „Soziale“ beschränkt.

Die Kirchen leiden derzeit unter zurückgehenden Finanzen. Was kann angesichts dieser Lage getan werden, um die Arbeit der Evangelischen Akademien sicherzustellen?

Wenn die Evangelische Akademie inhaltlich überzeugt, wird sie über Teilnehmerbeiträge und staatliche Förderung einen Teil ihrer Kos-

ten einwerben. Die private Unterstützung ist ausbaufähig und besonders fruchtbar. Dazu kann die Gesellschaft der Freunde beitragen. Auch die Landeskirche, in der Kirchenleitung und in der Synode, muss sich immer wieder zur Akademie bekennen und beweisen, dass sie ihr wert und teuer ist, damit die Akademie weiter das christlich protestantische Profil schärfen kann. Das ist gewiss eine lohnende Investition.

Welchen Nutzen kann die evangelische Kirche aus ihren Akademien ziehen?

Die Akademie verankert die evangelisch-protestantische Kirche im Bewusstsein der Öffentlichkeit. So wird die Kirchenbindung gestärkt und besonders die Freunde wirken als Multiplikatoren. Die Akademie organisiert das im Gespräch mit den relevanten gesellschaftlichen Gruppen und pflegt eine kritische vernunftorientierte Streitkultur. Die protestantische Kirche gewinnt an Sachkompetenzen und Realitätsnähe und kann so unseren christlichen Glauben überzeugender verkündigen.

Gibt es Projekte, die die „Gesellschaft der Freunde“ in den kommenden Jahren verwirklichen will?

Der „Jugendpreis für engagierte Querdenker“ und die jährliche Sommerakademie sind die beiden bewährten Projekte. Das fordert in unserer heutigen Aufstellung unsere ganze Kraft. Diese Projekte sind sicher noch ausbaufähig. Aber dazu müssen wir zuerst stärker werden durch Wachstum. Das ist mein erstes Ziel, das ich in der Gemeinschaft der Freunde der Evangelischen Akademie verwirklichen möchte. Es wird uns dann umso leichter fallen, die segensreiche Arbeit der Akademie zusätzlich zu unterstützen.

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protexen, die Speyrer Texte, die Speyrer Protokolle und die Speyrer Briefe.



Werner Simon, Vorsitzender

So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 06232/6020-0, oder schicken Sie uns eine e-mail: info@eapfalz.de. Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Domplatz 5, 67346 Speyer

GESELLSCHAFT DER FREUNDE
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE
DER PFALZ E.V.

INKLUSION WIRD THEMA

Fachleute sprechen inzwischen wie selbstverständlich von „Inklusion“. Seit der Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention im Dezember 2006 erlebt der Begriff eine Erfolgsgeschichte sondergleichen. Erklärtes Ziel des Übereinkommens ist es, „den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern“.

Als Grundsatz wird „volle und wirksame Teilhabe und Inklusion in die Gesellschaft“ formuliert. Damit wird der traditionelle Begriff der „Integration“ überboten, um deutlich zu machen: Es geht nicht um die sozialverträgliche Anpassung von „anderen“, sondern um ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Behinderten und Nichtbehinderten. Weitergedacht zielt Inklusion auch auf einen humanen Umgang mit Differenzen: Armut, Alter, Fremdheit.

Die Evangelische Akademie fragt zusammen mit der evangelischen Akademikerschaft und dem Pfalzklitorium, was Inklusion im Blick auf Menschen mit psychischen Behinderungen bedeutet. Was passiert, wenn die „Verrückten“ nicht mehr in der Anstalt leben, sondern mitten in der Welt der „Normalen“ – in der Schule, in der Firma, im Sportverein, im Gottesdienst, in der Nachbarschaft oder auf dem Dorffest? Welche Infrastruktur ist erforderlich? Wie lassen sich Berührungspunkte abbauen? Wie bekommt man die verschiedenen Bedürfnisse unter einen Hut? Wer managt die Konflikte? Aber auch: Wie kann die Vision eines gleichberechtigten Zusammenlebens das kommunale Leben bereichern? Die Veränderungsprozesse sind in vollem Gange. Am Beispiel südpfälzischer Kommunen diskutieren wir die Chancen und Herausforderungen des Paradigmenwechsels.

Eingeladen haben wir einen Vorkämpfer: Der Sozialpsychologe Klaus Dörner hat sich für Inklusion eingesetzt, lange bevor der Begriff geprägt wurde. Zwischen 1980 und 1996 entließ er als ärztlicher Leiter des psychiatrischen Landeskrankenhauses Gütersloh alle Langzeitpatienten. Sein 1998 veröffentlichtes Buch „Ende der Veranstaltung“ machte Furore. Valentin Aichele (Deutsches Institut für Menschenrechte) ist angefragt, das Veränderungspotenzial der UN-Konvention zu skizzieren. Werner Schwartz (Diakonissen Speyer-Mannheim) betrachtet Inklusion unter theologischen Gesichtspunkten. In Workshops geht es um kulturelle Inklusion, Sozialraumgestaltung und Herausforderungen für Kirchengemeinden. Eingeladen sind Menschen aus dem öffentlichen Leben vor Ort, kommunalpolitisch, behindertenpolitisch und kirchlich Engagierte, Vereinsvertreter, Ärzte, Mitarbeiter von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen, Betroffene sowie Bürgerinnen und Bürger. Denn nur Bürger können Bürger inkludieren.

Barrierefreiheit für die Seele – Inklusion und Nachbarschaft mit psychisch behinderten Menschen

Termin: 20./21. Mai 2011

Ort: Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus, Landau
Kosten: 75 Euro (ermäßigt 40 Euro)

AKADEMIEPROGRAMM

Stand Februar 2011

18. bis 20. März 2011, Tagung in Bad Herrenalb

Dialogue: Sprachkunst mit Zungenschlag

Zeitgenössische Literatur am Oberrhein

Die Literaturen im Elsass, in Baden und in der Pfalz enthalten vielfältige regionale Bezüge, bieten Lokalkolorit und haben oft Wurzeln im Dialekt. Zweisprachige Tagung im Rahmen des Dialogue mit den Evangelischen Akademien in Baden und im Elsass.

18. bis 20. März 2011, Tagung in Bad Münster

Religion and Healing

Gesundheit und Versöhnung

Seit es Religion gibt, ist mit ihr die Hoffnung auf Heilung und Heilwerdung verbunden. Die Tagung fragt nach den Möglichkeiten, die christliche Traditionen bereitzustellen.

In Zusammenarbeit mit Sigtunastiftelsen, Schweden.

18. bis 20. März 2011, Tagung in Enkenbach

Origami und Mathematik

Papierfalten mit mathematischem Gespür als geschlechtsspezifischer Zugang zur Wissenschaft

Ziel der Veranstaltung ist es, dass die Teilnehmerinnen Origami erleben und dabei zugleich neue Seiten der Mathematik entdecken.

Für Schülerinnen und junge Frauen bis 27 Jahre.

April bis Juni 2011, Projekt in Ludwigshafen

Jung. Deutsch. Türkisch. Mit Zukunft.

Film- und Musikprojekt mit türkisch-stämmigen Jugendlichen. Wie sehen Jugendliche selbst die Einwanderungsgeschichte ihrer Familie? Und wie wollen sie ihre Zukunft gestalten?

Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre.

13. bis 15. Mai 2011, Tagung in Landau

Chancen und Risiken der Kernenergie

Perspektiven einer sich wandelnden Energiewirtschaft

Am 26. April 1986 ereignete sich die Katastrophe von Tschernobyl, bei der große Mengen von Radioaktivität freigesetzt wurden. In deren Folge wurde im Jahr 2000 in Deutschland der Ausstieg aus der kommerziellen Nutzung der Kernenergie bis etwa 2020 beschlossen. Der Ausstiegsbeschluss ist jedoch weiter umstritten.

Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre.

20. und 21. Mai 2011, Tagung mit dem

Sozialpsychiater Klaus Dörner in Landau

Barrierefreiheit für die Seele

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademikerschaft Pfalz/Saar und dem Pfalzklitorium Klingenstein.

27. bis 29. Mai 2011, Tagung in Bad Dürkheim

Worüber man reden kann

Gesellschaftlicher Diskurs und analytische Philosophie

Ludwig Wittgenstein zählt zu den meistzitierten und originellsten Denkern des 20. Jahrhunderts. Die Ambivalenzen und Erosionen gegenwärtiger Gesellschaften zu erfassen und mithilfe der Wittgensteinschen Sprachphilosophie analytisch zugänglich und politisch gestaltbar zu machen, ist das Ziel der Tagung.

Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre.

30. Juli bis 6. August 2011, Sommerakademie

Mein Deutschland – Dein Deutschland:

Identitäten für die Zukunft

Sommerakademie der Gesellschaft der Freunde

In Berlin und Umgebung verdichten sich deutsche Identitäten. Nationale Symbole, Selbstinszenierungen und Erinnerungsorte sind allgegenwärtig in der neuen alten Hauptstadt. Weil es „die“ deutsche Identität nicht gibt, fahnden wir auf der Sommerakademie nach deutschen Identitäten im Plural – und fragen danach, wie unsere Vision für ein menschenfreundliches Deutschland aussieht.

e-mail: info@capfalz.de > www.capfalz.de

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 62 32/60 20-0 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 62 32/60 20-22 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Domplatz 5, 67346 Speyer. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname Name

e-mail Beruf

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Tel. privat Tel. dienstlich